



Fraktionsvorsitzender
Joachim Euler, Kurfürstenstraße 5, 53913 Swisttal

Swisttal, 18. Februar 2014

Stellungnahme der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Swisttal zur Haushaltssatzung 2014-15 mit Anlagen und zum Haushaltssicherungskonzept

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Fraktionskolleginnen und -kollegen,

zunächst möchte ich mich auch dieses Jahr wieder ausdrücklich bei den in der Verwaltung damit befassten Beamten und Angestellten für die umfassende Arbeit bedanken, die nicht nur für die Erstellung der Haushaltssatzung nebst Anlagen zu erbringen war, sondern auch für die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Einen ganz besonderen Dank auch für die ausführliche Beantwortung des Fragenkatalogs meiner Fraktion.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit ist gesunken und die Steuereinnahmen erreichen Rekordstände“, so Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes. Dennoch käme bei vielen Kommunen dieser Boom nicht an. Trotz höherer Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen gilt dies auch für Swisttal, hier aber vor allem auch daher, dass die Einwohnerzahlen aufgrund der Ergebnisse Zensus 2011 deutlich nach unten korrigiert werden mussten.

Insgesamt also kein Grund zu glauben, dass es Swisttal nun wieder gut gehe. Die nächsten Jahre sind auch weiterhin jährlich mehrere Millionen Euro Minus zu verbuchen und von einem ausgeglichenen Haushalt ist die Gemeinde noch weit entfernt.

Trotzdem hatte man bei den diesjährigen Haushaltsberatungen den Eindruck, dass man das Geld wieder großzügig ausgeben oder sollte ich besser sagen „verteilen“ kann. Noch vor vier Jahren war man sich zwischen Bürgermeister und Fraktionen einig, dass die Finanzen es nicht mehr erlauben, in jedem Ortsteil jegliche Infrastruktur vorzuhalten. Mittels eines sehr kostspieligen Gemeindeentwicklungskonzeptes sollten die infrastrukturellen Angebote auf drei große Zentren um Heimerzheim, Odendorf und Buschhoven gebündelt werden sowie kostenintensive Infrastruktur wie Sportplätze, Dorfhäuser, Feuerwehrgerätehäuser u.ä. reduziert werden - Eine politisch sicher sehr unattraktive, aber durchaus sinnvolle Zielsetzung, um Ausgaben und Einnahmen wieder in Einklang zu bringen.

Bereits beim Gemeindeentwicklungskonzept konnten Sie sich Bürgermeister und CDU aber nicht dazu durchringen, konkrete Maßnahmen mit finanziellen Hausnummern zu belegen. Es blieb schwammig und spätestens mit dem ebenfalls sehr teuren sogenannten Sportstättenbedarfsplan wurden die guten Grundsätze bezüglich beabsichtigter Kosteneinsparungen über Bord geworfen.

Ein bisschen Drehen an den Stellschrauben und schon war neben den Kunstrasenplätzen in Odendorf und Heimerzheim auch eine neue Sportanlage mit zwei neuen Plätzen zwischen Buschhoven und Morenhoven begründet. Das sogenannte Finanzierungskonzept ist ein garantierter Flop, wird aber vermutlich solange als Geniestreich verkauft, bis die heute Verantwortlichen sich aus dieser Verantwortung verabschiedet und die Nachfolger über die unglücklichen Entscheidungen der Vergangenheit lamentieren können.

Auch die Umsetzung des Gemeindeentwicklungskonzeptes und neuer Sportstättenplanung verlangte wieder sechsstellige Beträge bei der Erstellung des Flächennutzungsplanes,

dessen Erstellung bereits heftige Diskussionen zwischen den Swisttaler Fraktionen, aber auch zwischen Bürgermeister und Bürgerinitiativen auslöste. Nachdem nun auch die Bezirksregierung den überzogenen Expansionsplänen bei der Wohnbebauung einen Riegel vorschob, beginnt das Klagen, dass man nicht mehr tun und lassen dürfe, was man will. Angesichts der wenig zukunftsweisenden Politik hiesiger CDU-Politiker ist eine solche Dienstaufsicht aus unserer Sicht durchaus zu begrüßen. Ungezügelter Flächenverbrauch bei sinkender Bevölkerungszahl ist nicht hinnehmbar.

Apropos Stärkung kommunaler Demokratie: Wenn es darum geht, die kommunale Demokratie dadurch zu stärken, die Wahl des Hauptverwaltungsbeamten wieder mit der des Rates zusammen zu legen, dann ist unser Bürgermeister ganz taub auf dem Ohr und nimmt auch gerne die rd. 13.000 € zusätzlicher Finanzbelastung für eine getrennte Wahl in Kauf.

Doch zurück zu den Haushaltsberatungen: Hier konnte man plötzlich feststellen, dass – so sehr dies auch Dünstekoven aufgrund der besonderen Bedeutung des Sportvereins für das Dorfleben gegönnt sein soll – nun auch noch ein Naturrasenplatz finanziert werden kann. 20.000 € Investitionszuschuss und Pflegekostenzuschüsse in Höhe von über 115.000 € in 10 Jahren widersprechen überraschender Weise weder dem Sportstättenbedarfsplan noch sind es angeblich freiwillige Leistungen.

Demgegenüber waren 1.500 € für den Kinder- und Jugendring ebenso wenig akzeptabel wie die Zusage für die Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter über das Ende 2014 hinaus.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dank drastischer Steuererhöhungen für die nächsten 10 Jahre, radikalem Investitionsstopp und folgeschwerer Deckelung der Unterhaltungskosten nebst unrealistischer Veranschlagung zu hoher Einnahmen und zu niedriger Ausgaben wurde der Kommunalaufsicht das Erreichen eines Haushaltsausgleiches bis 2023 verkauft. Einziges Großprojekt bis 2023 wird neben den Sportplätzen nur noch die Umgestaltung Orbachau Odendorf unter Berücksichtigung der Zuschüsse mit ca. 1,5 Mio. € Belastung für die Gemeinde sein. Neben den drastischen Steuererhöhungen - bei der Grundsteuer seit 2012 nahezu eine Verdoppelung - kommen durch notwendige millionenschwere Investitionen im Abwasserbereich in den nächsten Jahren deutliche Gebührenerhöhungen auf die Bürger zu.

Im Haushaltssicherungskonzept wird u.a. behauptet, die Übertragung von Pflege und Unterhaltung der neuen Kunstrasenplätze auf die nutzenden Vereine würde Einsparungen in Höhe von rd. 27.000 € (ohne Dünstekoven) erbringen bei einem Gesamtaufwand des Bauhofes zur Pflege und Unterhaltung aller Sportplätze von 62.000 €. Tatsächlich erhalten die Vereine – einschließlich Dünstekoven - ab 2015 hierfür jährlich 60.200 € als „Gegenfinanzierung“. Insgesamt also jedes Jahr – auch unter Berücksichtigung von Einsparungen in Dünstekoven ein sattes Minus von mind. 25.000 €. Zudem ist im Haushalt festzustellen, dass die Gemeinde darüber hinaus z.B. Kunststoffgranulat für die Kunstrasenplätze finanziert und Pauschalen für Reparaturen kalkuliert.

Und weil die Fußballvereine bzw. -abteilungen ja damit angeblich so einen hohen Beitrag zur Haushaltssanierung beitragen, sollen die Sport- und Turnhallen nutzenden Vereine mit einer Sportstättenbenutzungsgebühr belegt werden. Die einseitige Förderung und Unterstützung des Fußballsports z.B. durch die ausschließliche Nutzung der gesamten Sportpauschale von mind. 10 Jahren – und die gleichzeitige Belastung der anderen Vereine - die damit keine Zuschüsse mehr erhalten können -, ist für die SPD nicht akzeptabel.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits zum Haushalt 2013 zum Ausdruck gebracht, lehnt die SPD-Fraktion auch weiterhin Steuererhöhungen ab, solange den Bürgern und Bürgerinnen nicht umfassende Information und Beteiligung an den Haushaltsentscheidungen gewährt wird. Es wird anerkannt, dass vor dem Hintergrund eines jährlichen Defizits von rd. 4 Mio. € weitere Ausgabenkürzungen nur noch einen geringen Teil zum angestrebten Haushaltsausgleich beitragen können. Hier sind die Möglichkeiten weitestgehend ausgeschöpft – ausgenommen des erwähnten überflüssigen Neubaus einer Sportanlage Buschhoven/Morenhoven.

Ein mittelfristiger Haushaltsausgleich ist daher nur durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite zu erreichen. Die geforderten Leistungen sind finanziell mit spitzem Bleistift zu bewerten und durch eine sozialverträgliche Gegenfinanzierung mittels gezielter Gebühren und allgemeinen Steuern zu decken. Bei der Beantwortung der Frage, ob bestimmte Leistungen noch durch die Bürger gewollt oder eben auch nicht gewollt werden, sind diese unmittelbar zu beteiligen. Durch eine umfassende Erläuterung und Bürgerbeteiligung muss dem Eindruck einer undifferenzierten Verteuerung und Abschöpfung entgegen gewirkt werden.

Auch der bereits zitierte Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes stellt hierzu fest, dass der Bürgerwille, bei Ratsentscheidungen stärker mitzureden, zu begrüßen und neue Formen der Bürgerbeteiligung zu entwickeln seien. Hierbei seien die Möglichkeiten, die Internet und soziale Netzwerke bieten, für intensivere Bürgerbeteiligung zu nutzen. Für einen Bürgermeister, der in drei Jahren keinen Internetanschluss im kleinen Ratssaal bereitstellen kann, vermutlich eine völlig utopische Vorstellung.

Insgesamt sind das Haushaltssicherungskonzept und der Entwurf des Doppelhaushaltes darauf ausgerichtet, den jährlichen Kreditrahmen zu erhöhen und damit ohne tatsächliche Zukunftsfähigkeit den Weg für Wahlgeschenke frei zu machen. Eine Bürgerbeteiligung bei den finanzpolitischen Entscheidungen wird weiterhin abgelehnt.

Die SPD-Fraktion kann diese Finanzpolitik nicht mittragen und lehnt daher den Entwurf des Doppelhaushaltes 2014/2015 sowie die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!